

Leuenberger fordert Gespräche

Bundespräsident Moritz Leuenberger hat Deutschland zu neuen Gesprächen über den Fluglärmstreit. Das Problem belastet die schweizerisch-deutschen Beziehungen massiv, sagte der Verkehrsminister am 1. Schweizerischen Luftfahrtkongress.

KLOTEN – «Wir haben ein Problem mit den Beschränkungen im süddeutschen Luftraum, und ich erwarte, dass die deutschen Nachbarn unsere Anliegen endlich ernst nehmen», sagte Leuenberger vor rund 350 Vertretern der Luftfahrtbranche. Schliesslich seien die Wahlen sowohl in Berlin als auch in Stuttgart vorbei. Damit sei es auch an der Zeit, dass sich die neue deutsche Regierung an die vor über einem Jahr getroffene Vereinbarung mit dem früheren Verkehrsminister Stolpe für neue Gespräche gebunden fühle. «Ein anderes Verhalten widerspräche einer guten Nachbarschaft und würde von vielen Schweizerinnen und Schweizern nicht länger verstanden», betonte der Bundespräsident. Deutschland müsse nun Hand zu einer besseren Lösung bieten.

Konzessionen beiderseits

Aber auch die Schweizer Seite müsse bei neuen Gesprächen über die Anflüge via süddeutsches Gebiet auf den Flughafen Zürich «verhandlungsbereit und ergebnisoffen» sein und dürfe nicht einfach an Maximalforderungen festhalten. Der Flughafenkanton Zürich habe die Anliegen der deutschen Nachbarn zu lange nicht ernst genommen, und die Flughafenbetreiberin Unique habe vorgegaukelt, die Probleme liessen sich gerichtlich lösen. Daraufhin habe Deutschland auf seine eigene Souveränität gepocht und einseitige Einschränkungen verfügt, die den Zürcher Flughafen nun im Konkurrenzkampf mit Frankfurt und München behinderten und seine

Entwicklungschancen beschränkten.

Gekröpfter nur mit Plazet

Es dürften auch keine falschen Hoffnungen geweckt werden: «Die gekröpften Nordanflüge können, so, wie sie beantragt wurden, nur mit Einwilligung Deutschlands geflogen werden.» Es zahle sich auf die Länge nicht aus, so etwas auszublenden und die unbegründete Hoffnung zu erwecken, dieses Anflugverfahren könne demnächst eingeführt werden.

Der Direktor des Bundesamtes für Zivilluftfahrt (Bazl), Raymond Cron, präzisierte auf Nachfrage des «Landboten», beim gekröpften Nordanflug handle es sich gegenwärtig um ein Gesuch des Flughafens Zürich ans Bazl als Bewilligungsinstanz. Bei der Prüfung der ursprünglichen Eingabe habe sein Amt realisiert, dass der beantragte Anflug nur mit der Zustimmung Deutschlands geflogen werden könnte, weil er deutschen Luftraum (der nicht identisch ist mit der Landesgrenze, die Red.) beansprucht. «Als wir das im Bazl merkten, teilten wir es Unique mit.

Nordanflüge: neuer Check

«Jetzt sind Unique und Skyguide am Studieren, ob es ein Verfahren gibt, das keinen deutschen Luftraum beansprucht.» Dies sei im Endeffekt eine Sicherheitsfrage, denn um diesen Anflug zu ermöglichen, müsse man internationale Sicherheitsmargen reduzieren. Dazu werde gegenwärtig in



einer «Aeronautical study» der Nachweis gesucht, dass das Anflugverfahren trotzdem noch sicher sei (vgl. «Nachgefragt» mit Josef Felder).

180 000 Arbeitsplätze

Der 1. Schweizerische Luftfahrtkongress wurde vom Wirtschaftsdachverband Economiesuisse mit Partnern aus der Luftfahrtindustrie organisiert. Man habe die Probleme der Schweizer Luftfahrt von verschiedener Seite beleuchten und die volkswirtschaftliche Bedeutung des Luftverkehrs unterstreichen wollen, sagte Verbandsdirektor Rudolf Ramsauer an einem Medienbriefing. 180 000 Arbeitsplätze und eine jährliche Wertschöpfung von 26 Milliarden pro Jahr seien in der Schweiz direkt und indirekt vom Luftverkehr abhängig.

Angesichts der starken internationalen Konkurrenz ruft die Luftfahrtbranche nach einer Verbesserung der Rahmenbedingungen. Hier sei die Politik gefordert, erklärte Paul Kurrus, Präsident von Aerosuisse, dem Dachverband der Schweizer Luft-

fahrt. Als Beispiele nannte er die Abgeltung von Schweizer Flugsicherungsleistungen im Ausland, die Verwendung der Mineralölsteuerzuschläge auf Flugtreibstoffe zu Gunsten der Luftfahrt und vorab die Übernahme der Sicherheitskosten durch die öffentliche Hand.

Franz gegen Initiative

Thema zahlreicher Voten in einem anschliessenden Podiumsgespräch war die von Fluglärmgegnern eingereichte Plafonierungsinitiative, die eine Beschränkung der jährlichen Flugbewegungen am Zürcher Flughafen auf 250 000 verlangt.

Wenn dieses Volksbegehren angenommen würde, könnte die Swiss ihr Netzwerk nicht mehr wirtschaftlich betreiben, sagte Swiss-Chef Christoph Franz, und langfristig wäre sogar ihre Existenz gefährdet.

ANDREAS WIDMER



Leuenberger: «Die gekröpften Nordanflüge können so wie beantragt nur mit Einwilligung Deutschlands geflogen werden.» Bild: key